2018-06-11/2656 Bearbeiter/in: Herr Thiele

E-Mail: athiele@schwerin.de

01 Herrn Nemitz

Antrag Drucksache Nr.: 01487/2018 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Betreff: Soziale Spaltung in Schwerin stoppen- Wohnverhältnisse in allen Stadtteilen gerecht gestalten

## Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister möge beauftragt werden,

- den Beschluss der Stadtvertretung zum Antrag "Wohnraum schaffen Konzept für Sozialen Wohnungsmarkt entwickeln (Vorlage 00934/2017)" umgehend umzusetzen.
- 2. ein Arbeitsgremium einzuberufen, das Lösungsvorschläge zur Integration aller Einkommensgruppen bei Schaffung und Erhalt von Mietwohnungen in allen Stadtteilen unterbreitet. Dem Gremium sollen angehören: Verwaltung, Politische Vertreterinnen und Vertreter der Stadtvertretung und alle Akteure der Wohnungswirtschaft in Schwerin.
- sich auf Landes- und Bundesebene für eine Förderung des sozialen Wohnungsbaus auch in Städten einzusetzen, die die Leerstandsquote von 4 Prozent überschreiten.

Aufgrund des vorstehenden Beschlussvorschlags nimmt die Verwaltung hierzu Stellung:

 Rechtliche Bewertung (u.a. Pr
üfung der Zulässigkeit; ggf. Abweichung von bisherigen Beschlüssen der Stadtvertretung)

Aufgabenbereich: Eigener Wirkungskreis

Der Antrag ist rechtlich zulässig.

2. Prüfung der finanziellen Auswirkungen

## Art der Aufgabe: -

Kostendeckungsvorschlag entsprechend § 31 (2) S. 2 KV: Im Antrag enthalten.

Einschätzung zu voraussichtlich entstehenden Kosten (Sachkosten, Personalkosten):

Die Umsetzung des Antrags verursacht keine unmittelbaren Kosten.

## 3. Empfehlung zum weiteren Verfahren

Zustimmung Die Verwaltung hat das städtische Grundstück in der Anne-Frank-Straße (ehemalige Poliklinik) mit der Bedingung ausgeschrieben, auf dem Grundstück Wohnungen zu errichten und dauerhaft zu betreiben, die den Richtlinien des Wohnungsbauförderungsprogramms Mecklenburg-Vorpommern entsprechen, die aber bislang in Schwerin noch nicht angewendet werden können. Der einzige Bewerber, der diese Bedingungen erfüllt, ist die Schweriner Wohnungsbaugenossenschaft SWG, die ggf. gemeinsam mit der Stadt Schwerin, Gespräche mit dem Landesbauministerium führen wird, um die Förderung sozialen Wohnungsneubaus auch in Schwerin zu ermöglichen.

Wie in den sachlich ähnlichen Anträgen wird der Oberbürgermeister eine Analyse der Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung über die soziale Segregation vorlegen und auf die örtliche Situation in Schwerin angepasste Maßnahmen vorstellen.

Bernd Nottebaum